



### Presseschau vom 04.12.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Saakaschwili will ukrainische Behörden zum Teufel jagen und schlägt Rettungsplan vor

Der ehemalige georgische Präsident und Ex-Gouverneur von Odessa Michail Saakaschwili hat am Sonntag bei einer Kundgebung in Kiew die Feinde der Ukraine sowie die größten Probleme des Landes genannt, berichtet die russische Zeitung „Nesawissimaja Gaset“.

„Ich schlage vor, ohne noch 25 Jahre zu warten die Diktatur der Oligarchen zu stürzen und die Diktatur der Mittelklasse zu errichten“, sagte Saakaschwili bei der Kundgebung. Die Macht der Oligarchen ist ihm zufolge das größte Problem der Ukraine, denn sie führe zur Korruption. Den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko hat Saakaschwili als „Feind der Ukraine“ bezeichnet, weil er ein „Vertreter der Oligarchen“ sei.

Saakaschwili rief auch dazu auf, den Oligarchen ihr Geld wegzunehmen, weil es „gerecht ist“. „Sie sind Diebe, die uns das Geld weggenommen haben, und sie alle sind ihre Opfer“, so Georgiens Ex-Präsident.

Die wichtigste Forderung der Teilnehmer der Kundgebung ist laut Saakaschwili die Verabschiedung eines Gesetzes über die Amtsenthebung des Präsidenten. „Die Amtsenthebung ist eine Möglichkeit, eine Revolution zu vermeiden, wir sind für eine friedliche Revolution“.

Der Politiker rief die Teilnehmer der Kundgebung auch auf, sich am 10. Dezember auf dem Maidan (deutsch: Platz) der Unabhängigkeit, dem Zentralplatz von Kiew, zu versammeln. „Wir sagen, wenn sie in dieser Woche die von uns geforderten Gesetze nicht verabschiedet haben, werden wir dann hier stehen und den Präsidenten nicht zu seinem Arbeitsplatz lassen“, so Saakaschwili.

Er betonte, falls die ukrainischen Behörden ihn „beseitigen“ würden, und zwar nach Georgien ausliefern würden, sollten sich in diesem Fall die Ukrainer versammeln und die Beamten aus ihren Dienstzimmern „zum Teufel jagen“.

Am Sonntag fand in Kiew eine Demonstration für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Poroschenko statt, die von Saakaschwili organisiert worden war. Nach Angaben der Kiewer Polizei nahmen etwa 2.500 Menschen an der Protestaktion teil.

de.sputniknews.com: „Demokratie als Zähmungsmittel des Westens“: Warum Moskau OSZE-Reform fordert

Russland hat vorgeschlagen, eine Reform der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durchzuführen. Damit will Moskau vermeiden, dass der Westen die Demokratie als Zähmungs- und Kontrollmittel benutzt. Darüber sprach der Politologe Juri Potschta in einem Interview für das Portal rueconomics.ru. Russland will wegen der Missverhältnisse bei der Tätigkeit der OSZE eine Reform der Organisation, sagte der Leiter der Abteilung für gesamteuropäische Zusammenarbeit im russischen Außenministerium, Andrej Kelin, im Vorfeld des OSZE-Außenministertreffens. Die Tätigkeit der spezialisierten OSZE-Institute, und zwar des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, löse bei Moskau besondere Besorgnis aus.

„Diese Situation erregte bei uns schon seit vielen Jahren Besorgnis. Nach dem Zerfall der Sowjetunion hatten wir die westliche Gemeinschaft, die europäischen Länder und ihre Strukturen, unter anderem die OSZE, als ältere und erfahrene Freunde betrachtet. Aber mit der Zeit haben wir begriffen, dass Europa keine wohlthätige Gesellschaft ist“, sagte Potschta, Professor an der Russischen Universität der Völkerfreundschaft, gegenüber dem Portal.

Der Experte betonte, in Europa gebe es ein schwieriges System von „checks and balances“. Und wenn ein Land der europäischen Gemeinschaft beitreten wolle, versuche Europa, diesem Land nicht nur die Grundlagen der Demokratie beizubringen, sondern auch dessen politisches und wirtschaftliches System unter seine Kontrolle zu bringen. „Europa handelt nach dem Prinzip ‚Wenn du willst – schließe dich an, aber unter unseren Bedingungen‘“, sagte Pochta.

Die westlichen Werte seien nicht ideal, es gebe Doppelstandards und egoistische Interessen der führenden westlichen Länder, so der Experte. „In diesem Zusammenhang sind Demokratie und alle mit ihr verbundenen Prozeduren sehr oft kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Kontrolle und Unterstellung. Und diese Ungleichheit, wenn sie zu uns hunderte Beobachter schicken, die in allen Aspekten Schwächen suchen und diese Schwächen in den westlichen Ländern ignorieren, ist uns nicht mehr recht. Darum schlagen wir jetzt unsere Initiativen vor, um das gegebene

System zu verändern“.

„Die Demokratie ist für uns auch ein Wert, aber wir wollen es vermeiden, dass der Westen sie als Mittel zur Kontrolle und Zähmung nutzt“, unterstrich der Experte abschließend



<https://cdndel.img.sputniknews.com/images/30371/71/303717178.jpg>

**vormittags:**

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **48 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **21 Ortschaften der Republik** mit Artillerie des Kalibers 122 und 152mm, Mörsern verschiedenen Kalibers, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden drei Häuser in **Dokutschajewsk** beschädigt:

- Leninstraße 102, Wohnung 4 – Verglasung beschädigt;
- Watutin-Straße 15 – Verglasung beschädigt;
- Gorkij-Straße 27 – das Dach ist beschädigt.

de.sputniknews.com: Gorlowka: 17 Tote bei Konflikten innerhalb ukrainischer Armee – Medien

Gleich mehrere russische Medien haben unter Berufung auf den Vize-Chef des Operativkommandos der Republik Donezk, Eduard Bassurin, von einem seit dem 22. November andauernden internen Konflikt unter ukrainischen Militärs berichtet. Dabei seien bereits 17 Soldaten ums Leben gekommen und 11 weitere verletzt worden. Bassurin zufolge sei es zu den Auseinandersetzungen in den Siedlungen Gladossowo und Trawnewoje in der Neutralen Zone gekommen. Ukrainische Scharfschützen sollen

eigene Soldaten unter Beschuss genommen haben, wobei sogar Granatwerfer zum Einsatz gekommen seien. Im Stab der ukrainischen Streitkräfte wurden diese Angaben jedoch zurückgewiesen.

Wie die Agentur RIA Novosti unter Berufung auf Bassurin meldet, bemerkten die Aufständischen einen Schusswechsel zwischen Einheiten der Streitkräfte der Ukraine im Raum der Siedlung Gladossowo. „Das Feuer wird von dem unter Kontrolle von (ukrainischen – Anm. D. Red.) Militärs stehenden Teil von Sajzewe, Schowanka, geführt“, so Bassurin. „Es werden auch Granatwerfer eingesetzt. Die Einheiten der Volksrepublik Donezk mischen sich nicht ein.“

Der russische Sender RT berichtet seinerseits unter Berufung auf Bassurin, dass seit dem 22. November in Gladossowo und Trawnewoje bereits 17 Militärs der ukrainischen Streitkräfte ums Leben gekommen und 11 weitere Verletzungen erlitten haben sollen. „Dabei erleiden die ukrainischen Militärs ausschließlich wegen innerer Widersprüche Verluste“, behauptet Bassurin.

In einem Interview mit der Agentur RBK konkretisierte der Vize-Chef des Operativkommandos der Republik Donezk, dass die Scharfschützen des ukrainischen Geheimdienstes SBU die Militärs der einheimischen Streitkräfte unter Beschuss nehmen würden. „Es kam zu einem Gefecht in Frunse, eine Autobombe explodierte, gestern gab es noch zwei Tote infolge eines Schusswechsels zwischen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte“, so Bassurin.

Der Vertreter des ukrainischen Operationsstabs Wasilij Labaj erklärte diese Meldungen für falsch. „Das ist ein absolutes Fake“, sagte er. Ihm zufolge sei die Lage in Gladossowo und Trawnewoje absolut stabil. Seit dem 22. November seien keine 17, sondern 10 ukrainische Militärs infolge des Beschusses durch Aufständische ums Leben gekommen.

**Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 12 Mal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Das teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.**

**Beschossen wurden die Gebiete von Kalinowo, Frunse, Kalinowka, Krutaja Balka, Logwinowo, Sokolniki und Kalinowo-Borschtschewatoje.**

**Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.**

de.sputniknews.com: US-Botschafter nennt „Schlüssel für Ausstieg aus Russland-Sanktionen“

Der US-Botschafter in Russland Jon Huntsman hat am Montag in einem Interview mit der russischen Zeitung „Wedomosti“ das Hauptthema genannt, das die Wiederherstellung der russisch-amerikanischen Beziehungen ermöglichen könnte. Huntsman zufolge ist die Ukraine-Frage die wichtigste. Gerade darin liegt der „Schlüssel zum Ausstieg aus den Russland-Sanktionen“, so der Diplomat.

Die Regelung der Krise in diesem Land würde helfen, dieses Problem zu lösen. Dabei betonte Huntsman, dass das Thema nicht gerade einfach sei.

„Die Situation in der Ukraine zeitigt gewisse Schwierigkeiten, und wahrscheinlich ist sie das einzige wichtige Thema, das den bilateralen Beziehungen neues Leben einhauchen könnte“, so der Botschafter.

Wie er ferner ausführte, sei dies nur die Meinung der US-amerikanischen Seite:

„Zumindest nehmen die USA zur Zeit alles so wahr.“

Aber nicht nur die Ukraine-Frage hat laut dem Diplomaten dazu geführt, dass das Vertrauen zwischen den USA und Russland auf ein Nullniveau gesunken ist.

Erneut erwähnte der Botschafter die angebliche Einmischung Russlands in den US-Präsidentenwahlkampf im Jahr 2016: „Ich denke, dass Russland unterschätzt, welchen Einfluss dies sowohl auf die Wahlen selbst ausgeübt hat als auch auf jene Menschen, die sich dafür interessiert und den Wahlprozess beobachtet haben“, betonte der Diplomat...

**Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit, dass die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden 46 betrug.**

**Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).**

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 1557.**

**In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden zwei Wohnhäuser im **Petrowskij-Bezirk von Donezk** beschädigt sowie vier Wohnhäuser sowie eine Stromleitung in Golmowskij, die Ortschaft hat keinen Strom.**

**Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde wieder die **Donzeker Filterstation** beschossen.**

**Wir erinnern daran, dass die OSZE-Mission inzwischen zuverlässige Informationen über den Beschuss in Jasnoje veröffentlicht hat.**

**In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 1529.**

de.sputniknews.com: „Diese Frage jetzt nicht“ – Ukraine reif für EU- und Nato-Beitritt?

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat erneut die Absicht bekundet, „in absehbarer Zukunft“ ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur EU und zur Nato abzuhalten. Das schreibt die „Nesawissimaja Gaset“ am Montag.

Kiew zufolge könnte ein Referendum über den Beitritt der Ukraine zur EU und zur Nato im kommenden Jahr stattfinden, da für das Jahr 2019 die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen geplant sind.

Poroschenko versprach bereits mehrmals, solche Referenden anzuberaumen. Doch wie der Politologe Walentin Gladkich sagte, werden solche Referenden üblicherweise zu Zeitpunkten durchgeführt, wenn die Vorbereitung auf die Mitgliedschaft in der Schlussphase ist. Das soll gewährleisten, dass beide Seiten zur Integration bereit sind.

In der aktuellen Situation gaben die EU und die Nato jedoch eindeutig zu verstehen, dass sie nicht bereit seien, die Ukraine aufzunehmen, sagte der Experte dem Portal „GolosUA“.

Ähnlich äußerte sich auch der Sondergesandte des US-Außenministeriums für die Ukraine, Kurt Volker. Er sagte im August gegenüber Pressevertretern, dass die Ukraine derzeit nicht bereit sei, der Nato beizutreten, und die Nato momentan ebenso wenig, die Ukraine aufzunehmen. Was die EU betrifft, wurden bei dem im November

abgehaltenen Gipfel der „Östlichen Partnerschaft“ die „europäischen Bestreben und die europäische Wahl der Ukraine“ anerkannt. Doch trotz diplomatischen Anstrengungen Kiews wurde die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU im Schlusssdokument nicht erwähnt.

Laut dem Wissenschaftsdirektor der Stiftung „Demokratische Initiativen“, Alexej Garan, empfehlen ukrainische Experten dem Team Poroschenkos derzeit, sich mit der Frage der EU-Mitgliedschaft nicht zu beeilen. „Die meisten Experten meinen, dass wir uns jetzt auf die Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der EU konzentrieren und erst dann zur Frage der Mitgliedschaft übergehen sollten. Die erste Etappe kann etwa zehn Jahre in Anspruch nehmen“, sagte Garan.

Dem Experten zufolge ist die Frage der Nato-Mitgliedschaft noch schwieriger. „Alle Experten meinen, dass man die Erarbeitung eines Fahrplans zur Nato-Mitgliedschaft anstreben soll, doch die Hälfte von ihnen ist überzeugt, dass diese Frage jetzt nicht gestellt werden soll.“ Aktuell hätte eine relative Mehrheit der Ukrainer für einen Nato-Beitritt gestimmt. Doch diese Frage würde die regionalen Unterschiede widerspiegeln und könnte die inneren Widersprüche in der Ukraine zuspitzen.

Poroschenko hob im September in seiner Botschaft an die Oberste Rada (Parlament) hervor, dass die Mitgliedschaft in der EU und der Nato eine strategische außenpolitische Richtung ist. Später beim Treffen mit Vertretern der ukrainischen Diaspora im Ausland sagte er, dass die Ukraine den notwendigen Kriterien entsprechen wird, um einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU und der Nato einzureichen.

Zuletzt erwähnte Poroschenko den außenpolitischen Kurs in seiner Rede anlässlich des Jahrestags des Unabhängigkeitsreferendums der Ukraine am 1. Dezember 1991. „Ich bin mir sicher, dass die Ergebnisse der Abstimmung ebenso positiv sein werden wie die Ergebnisse des Unabhängigkeitsreferendums der Ukraine.“ Einige ukrainische Medien hoben hervor, dass der Präsident mit 90 Prozent Zustimmung für den Beitritt zur EU und Nato rechnet.

Allerdings bestätigen Umfragen solche Erwartungen nicht. Demnach wird die Idee eines EU-Beitritts von 56,2 Prozent der Ukrainer unterstützt, 24,6 Prozent sind dagegen. Die Idee einer Nato-Mitgliedschaft wird von 43,2 Prozent unterstützt, 33,3 Prozent sind dagegen.

Politologen zufolge hängt das angekündigte Referendum eher mit dem Beginn des Wahlkampfes zusammen. Poroschenko wolle damit die Initiative ergreifen, bevor die alte Opposition (vor allem Julia Timoschenko) und die neuen politischen Projekt, darunter die Partei Michail Saakaschwilis, so weit seien.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31854/47/318544769.jpg>

Dnr-online.ru: Bis jetzt sind im gemeinsamen Callcenter des Humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass mehr als 31.000 Anfragen eingegangen. Die häufigsten Fragen betrafen die medizinische Unterstützung, Zahlungen an Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs und an invalide Bergleute sowie die Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisation „Fonds vereinter Donbass“. Am häufigsten waren Anrufe von Bürgern im Alter von 65 Jahren und älter, alleinerziehenden Müttern mit Kindern unter 18 Jahren und Menschen mit Behinderung der Gruppe 1 und 2. Außerdem interessieren sich die Einwohner des Donezker Oblast aktiv für medizinische Unterstützung im Bereich „Chemotherapie bei Krebserkrankung bei Erwachsenen und Kindern“.

Außerdem hat sich in der letzten Zeit das Interesse der Einwohner des Donbass an kulturellen und Sportwettbewerben, die im Rahmen des humanitären Programms durchgeführt wird, verstärkt.

Die Operatoren des Callcenters teilen mit, dass die Hotline am häufigsten aus Mariupol, Krasnogorowka, Kramatorsk, Marjinka und Wolnowacha angerufen wird.

de.sputniknews.com: Gemeinsam gegen Drogenflut und Terror kämpfen – Moskau appelliert an Nato

Russland ruft die Nato dazu auf, nach gemeinsamen Methoden bei der Austilgung von Drogenhandel und Terrorismus aus Afghanistan zu suchen. Das erklärte Außenminister Sergej Lawrow am Montag in der Staatsduma.

„Wir fordern die Nato-Vertreter auf, sich darum zu kümmern, gemeinsame Wege zur Verjagung des Drogenhandels und des von ihm sich nährenden Terrorismus auf afghanischem Boden zu suchen“, sagte Lawrow am Montag bei der internationalen Anti-Drogen-Konferenz in der Staatsduma (russisches Unterhaus).

Wie Lawrow ferner ausführte, sei die Produktion von Opiaten in Afghanistan allein in den ersten elf Monaten 2017 um 87 Prozent auf 9.000 Tonnen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen.

Zudem verwies der Chefdiplomat darauf, dass das Ausmaß dieses Problems ein neues Niveau der Geschlossenheit der Völkergemeinschaft verlange.

Afghanistan ist bekannt für seine Produktion von Rohstoffen für Drogen, insbesondere für Heroin.

Die USA hatten im Jahr 2001 in Afghanistan eine militärische Anti-Terror-Operation gestartet. Später wurden im Land mit Unterstützung des UN-Sicherheitsrates die internationalen Sicherheitskräfte (ISAF) unter Nato-Kommando entfaltet. Die US-geführte Anti-Terror-Koalition und die ISAF führten den Kampf gegen die Terrorkämpfer der Taliban-Bewegung und der Terrorgruppierung Al-Qaida. Im Jahr 2014 wurde das Kampfkontingent der Nato-Länder aus Afghanistan abgezogen, und am 1. Januar 2015 wurde die Kampfoperation durch die nichtkriegerische Mission „Entschlossene Unterstützung“ („Resolute Support“) abgelöst



<https://cdndel.img.sputniknews.com/images/31854/33/318543376.jpg>

**nachmittags:**

Lug-info.com: „Vom Arbeits- und Sozialministerium der LVR wurde eine Analyse der Anzahl der sozialen, medizinischen, Bildungs-, Wissenschafts- und Sporteinrichtungen vorgenommen, die mit Rampen oder Klingeln zur Herausrufen von Personal ausgestattet, damit Menschen mit Behinderung und andere mobilitätseingeschränkte Menschen freien Zugang zu den Einrichtungen haben“, teilte das Ministerium mit: „83% der Einrichtungen des sozialen Bereichs sind mit Rampen ausgestattet. Für Menschen mit besonderen Bedürfnissen sind auch 61% der medizinischen Einrichtungen, 29% der Apotheken des staatlichen Unternehmens „Farmazija“, 48% der Bildungseinrichtungen und 30% der Kultur- und Sporteinrichtungen der Republik zugänglich.“, erläuterte das Ministerium....

„Jetzt werden in allen Städten und Bezirken der Republik Arbeiten zur Schaffung von territorialen Komitees durchgeführt, die die Zugänglichkeit absichern sollen –



Entwürfe erarbeiten und abstimmen, Arbeitsgebiete mit gesellschaftlichen Organisationen von Menschen mit Behinderung erörtern“, berichtete das Ministerium. „Ziel der Komitees ist es, Menschen mit besonderen Bedürfnissen einen unbehinderten Zugang zu Objekten des sozialen Bereichs und zur Transportinfrastruktur zu gewährleisten, eine gesellschaftliche Kontrolle über die Einhaltung der Baunormen zur Gewährleistung des Zugangs bei Umbauen und Bauvorhaben, beim Straßennetz, Transportwesen und Kommunikations- und Informationsmitteln zu organisieren“, fügte das Ministerium hinzu.

de.sputniknews.com: So viele US-Soldaten sind in Ukraine – General stellt klar  
Der Kommandeur der US-Truppen in Europa, Ben Hodges, glaubt nicht, dass die andauernde Ukraine-Krise allein mit friedlichen Mitteln beendet werden kann. In einem Interview hat der US-General zudem die Zahl amerikanischer Soldaten genannt, die sich in der Ukraine befinden.

„Friedrich der Große sagte einmal, die Diplomatie ohne Waffen ist wie ein Orchester ohne Instrumente“, sagte der US-General im Interview mit der ukrainischen Zeitung „Jewropejska Prawda“.

Eine diplomatische Lösung sei zwar immer zu bevorzugen, so Hodges weiter. „Aber wenn man andere Instrumente hat – wirtschaftliche, informationelle und militärische – dann werden sie Teil der gesamten Anstrengungen.“

Hodges versicherte, dass die USA der Ukraine weiter beistehen würden. „Derzeit befinden sich in der Ukraine 250 amerikanische Soldaten. In der vergangenen Woche war ich mit ihnen auf dem Truppenübungsplatz Jaworiw.“...

Lug-info.com: Das städtische kommunale Unternehmen „Luganskelektrotrans“ hat 85% des Trolleybusparks, der bei den Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte im Jahr 2014 beschädigt wurde, wieder instand gesetzt“, teilte der Leiter des Trolleybusparks der Hauptstadt Alexandr Schtscherbatych mit.

„Von dem gesamten Park, den es vor dem Krieg gab, haben wir 85% schon wieder instand gesetzt. So gab es nach dem Krieg sieben Trolleybusse. Später haben wir 10 wieder repariert. Jetzt haben wir 15 Stück und zwei Trolleybusse in Reserve“, berichtete er.

„Einige Trolleybusse konnten wir überhaupt nicht retten, weil sie direkt getroffen worden waren. Unter anderem der neue Trolleybus „Bogdan“ wurde vollständig zerstört und kann nicht repariert werden“, erläuterte der Vertreter des Unternehmens.

„Die Trolleybusse, die es im Park gab, sind auch beschädigt, aber wie auch immer, wir bringen sie jetzt langsam wieder in Gang“, fügte der Leiter des Trolleybusparks hinzu.

Dnr-online.ru: Weniger als zwei Stunden brauchten die Störungsbrigaden des Unternehmens „Regionale Stromversorgungsgesellschaft“, um die Stromversorgung von Golmowskij im Nordosten von Gorlowka wieder in Betrieb zu nehmen. Dies teilte der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums der DVR mit.

Am 3. Dezember um 8:50 wurden in der Folge eines massiven Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 12 Transformatorunterstationen, die die Ortschaft, darunter zwei Kindergärten, eine Schule, drei Heizwerke, ein Klärwerk versorgen, von der Stromversorgung abgeschnitten. Trotz der Gefahr, unter Beschuss der Kiewer

Soldaten zu geraten, haben die Energietechniker eine operative Untersuchung der Hochspannungsleitung durchgeführt und zahlreiche Schäden entdeckt und sie beseitigt.

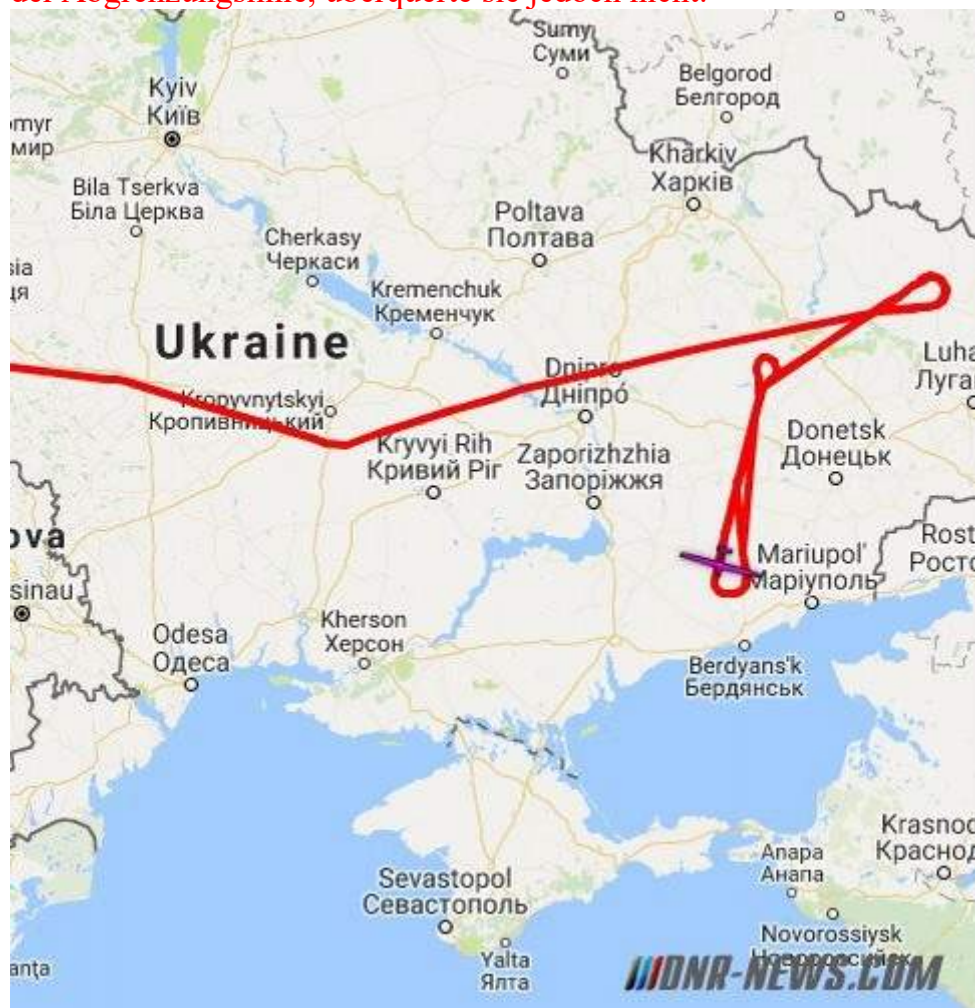
„Am 3. Dezember um 08:50 hat der Anschluss von der 110kW-Unterstation „Dolomit“ zahlreiche Splitterschäden erhalten, es wurden Abrisse von Leitung am Abschnitt zwischen den Pfeilern 19-25 festgestellt. In kürzester Zeit haben die Störungs- und Reparaturbrigaden trotz der Gefahr die Stromleitung wieder in Gang gebracht und um 10:24 am selben Tag gab es wieder Strom in der Ortschaft Golmowskij“, teilte der operative Diensthabende des Kohle- und Energieministeriums mit. Die Stromversorgung der Ortschaft funktioniert jetzt normal.

dnr-news.com: Die amerikanische Drohne „Global Hawk“ vollzog mehrere Stunden lang einen Aufklärungsflug über dem Donbass

Der amerikanische strategische unbemannte Flugapparat RQ-4A Global Hawk mit der Bordnummer 10-2043 hat einen mehrstündigen Aufklärungsflug entlang der Abgrenzungslinie im Donbass vollzogen. Darüber berichtet „Interfax“ mit Berufung auf eine westliche Webseite, die Flüge der militärischen Luftfahrt überwachen.

Die Drohne startete auf dem Luftwaffenstützpunkt Sigonella auf der italienischen Insel Sizilien, trat in den Luftraum der Ukraine von Rumänien aus ein und flog weiter nach Osten.

Weiter flog die Drohne von Norden nach Süden in einer Höhe von 16500 m entlang der Abgrenzungslinie, überquerte sie jedoch nicht.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-12/1512394444\\_dqmpqhou8aahv2s.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-12/1512394444_dqmpqhou8aahv2s.jpg)

Dan-news.info: „Heute, am 4. Dezember, haben ukrainische Truppen um 11:20 das Feuer auf **Dokutschajewsk** eröffnet. Geschossen wurde etwa eine Stunde lang aus Richtung Nowotroizkoje“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

In der Folge des Beschusses wurde ein Wohnhaus auf der Thälmann-Straße beschädigt. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

de.sputniknews.com: Balkan in die Nato hineinziehen? Moskau zu US-Druck und Nato-Ausweitung in Europa

Die USA üben politischen Druck aus, um die Balkan-Staaten in die Nato hineinzuziehen. Dies sagt der im russischen Außenamt für die gesamteuropäische Zusammenarbeit zuständige Abteilungsleiter Andrej Kelin. Er kommentiert auch die Verlegung des US-Raketenabwehrsystems und das Nato-Manöver in Europa. Das aktuelle Ziel Washingtons ist es Kelin zufolge, „den Westbalkan vollständig zu meistern und nach Montenegro auch andere Länder in seinen Orbit hineinzuziehen“. Neben der Ausübung ihres Drucks mischen sich die USA, so Kelin, in innere Angelegenheiten anderer Staaten ein, wobei sie gegen die sogenannten Prinzipien von Helsinki verstoßen.

„Wir nehmen dies nicht ruhig hin, weil jede Welle der Nato-Ausweitung, besonders jetzt, wenn die Beziehungen schlecht sind, als zusätzlicher erschwerender Faktor für die europäische Sicherheit gilt“, sagte der Diplomat.

Er erklärte, dass Moskau adäquate Maßnahmen als Antwort auf die Verlegung des US-Raketensystems in Europa, darunter auch in Polen, ergreifen werde. Kelin sagte dazu: „Die Bemühungen der USA und der Nato, die Raketenabwehr zu errichten, ist ein großer destruktiver Faktor, der die Stabilität in Europa untergräbt.“

Nach den getroffenen Vereinbarungen zum iranischen Atom-Problem „sind Scheinanlässe, die eine stufenweise Errichtung des Raketenabwehrsystems ermöglichten, wie sie zuvor von den Amerikanern genutzt wurden, entfallen“. Es sei nun klar, dass „nicht der Iran der Grund für die Errichtung des Raketenabwehrsystems“ gewesen sei.

Neben dem allgemeinen Nato-Raketenabwehrsystem entwickle beispielsweise Warschau den sogenannten „Schild Polens“, der später ins allgemeine Nato-System integriert werden solle.

„Dies alles wird die Atmosphäre in Europa negativ beeinflussen“, versicherte Kelin. „Wir haben zuvor der Nato mehrere Arten der Zusammenarbeit im Raketenabwehrbereich angeboten, die diesen negativen Effekt aufheben könnten. Aber all unsere Versuche und Vorschläge wurden zurückgewiesen“, erläuterte er.

Damit reagierte Kelin unter anderem auf die Aussagen der US Defense Security Cooperation Agency (DSCA), wonach Raketenabwehrkomplexe des Typs „Patriot“ im Gesamtwert von 10,5 Milliarden US-Dollar an Warschau verkauft werden sollten.

Zudem kommentierte Kelin das gemeinsame russisch-weißrussische Militärmanöver „Zapad 2017“ („Westen 2017“), über das sich viele Nato-Mitglieder besorgt gezeigt haben. Er verwies darauf, dass während der Militärübung „Zapad 2017“ auch westliche Partner ihre großen Übungen durchgeführt haben.

„Dies ist nicht nützlich für die Stabilität. Wir sind uns sicher, dass wir zwecks

Planbarkeit Informationen über diese Übungen austauschen sollten und dies bei uns über den Russland-Nato-Rat erfolgt.“

Zuvor war mitgeteilt worden, dass der US-Kongress 4,6 Milliarden Dollar für die „Eindämmung“ Russlands in Europa bereitstellen werde. Dies geht aus dem Verteidigungshaushalt für 2018 hervor, den die Verteidigungsausschüsse der beiden Kammern des US-Kongresses bereits verabschiedet hatten.

Die westliche Allianz hatte bei ihrem Gipfel 2016 in Warschau beschlossen, multinationale Bataillone nach Rotationsprinzip in Lettland, Litauen, Estland und Polen zu stationieren. Die Bataillone für Lettland, Litauen und Polen sollen aus Kanada, Deutschland und den USA kommen.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR  
Eduard Basurin

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt.**

**In Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **elf Ortschaften** 4 122mm-Artilleriegeschosse, 132 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 158 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen, Außerdem hat der Gegner mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

**In Richtung Mariupol** haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf die Gebiete von **vier Ortschaften** neun Artilleriegeschosse des Kalibers 152 und 122mm, 19 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

**In Richtung Gorlowka** hat der Gegner auf die Gebiete von **sechs Ortschaften** zwei Artilleriegeschosse des Kalibers 100mm, 23 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **starb ein Soldat der Streitkräfte der DVR, ein weiterer wurde verletzt.** Vier Wohnhäuser in Dokutschajewsk und ein Gebäude in Krutaja Balka wurden beschädigt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 48 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Unsere Aufklärung bemerkt weiter Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in den Ortschaften Gladosowo und Metallist (Trawnwoje). Gestern wurden Beschüsse dieser Ortschaften vom von den ukrainischen Truppen besetzten Teil der Ortschaft Sajzewo aus festgestellt sowie zwischen den Ortschaften Gladosowo und Metallist (Trawnwoje). Nach Informationen, die unserer Aufklärung vorliegen, wurde in der Folge der gestrigen Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ein Soldat des 25. Panzergrenadierbataillons der 54. mechanisierten Brigade (vermutlich ein georgischer Söldner) schwer am Bein verletzt, er wurde dann nach Luganskoje evakuiert und starb auf dem Weg an Blutverlust. Von einer Quelle aus dem 25. Bataillon wird auch mitgeteilt, dass die Ursache für den Tod des Soldaten nicht die Verletzung war, sondern die Unmöglichkeit, ihn wegen der Entfernung der Positionen und wegen des Fehlens einer normalen Straße und eines Sanitätspunkts rechtzeitig medizinisch zu behandeln.

Es ist wichtig anzumerken, dass unsere Einheiten sich nicht die Auseinandersetzungen zwischen den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte einmischen und diese nur beobachten.

Besondere Aufmerksamkeit muss der folgenden Informationen gewidmet werden.

Gestern hat der **offizielle Vertreter des Stabs der „ATO“** Wassilij Labaj gegenüber der Informationsagentur „RBK“ offiziell die **große Zahl von Toten** der ukrainischen Streitkräfte **in den besetzten Ortschaften Gladosowo und Metallist (Trawnwoje) bestätigt**. Aber der Presseoffizier des Stabs der „ATO“ hat die Zahl der Toten verringert und erklärt, dass seit dem Moment der Besetzung der Ortschaften bei Gorlowka durch Einheiten der ukrainischen Streitkräfte die ukrainischen Truppen Verluste von „etwa zehn Toten“ hatten. Dabei klingt aus dem Mund Labajs das Wort „etwa“ wie mehr als zehn!

Es muss angemerkt werden, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte und ukrainische Freiwillige zuvor erklärt haben, dass angeblich die erfolgreichste „Operation der letzten Zeit“ stattgefunden hat, in deren Verlauf ukrainische Einheiten absolut ohne Verluste zwei Ortschaften eingenommen haben und halten. Und jetzt wird klar, dass gerade mal zehn ukrainische Soldaten starben.

Bei Frunse haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte weitaus geringere Verluste erlitten: dort starben vier Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und drei wurden verletzt. Was gab es hier für eine Verurteilung der unprofessionellen Handlungen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte. Aber im Verlauf der „erfolgreichsten Operation“ der ukrainischen Streitkräfte haben sie nur Tote gehabt und offiziell bestätigt „etwa zehn“.

Dabei sind all diese Verluste in den Einheiten der ukrainischen Armee ausschließlich durch Konflikte zwischen der Führung des Sicherheitsdienstes der Ukraine und dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte hervorgerufen sowie durch Säuberungen gegen die „fünfte georgische Kolonne“.

So kann man den Schluss ziehen, dass die ukrainischen Einheiten auf Befehl des militärischen Kommandos der ukrainischen Streitkräfte taktisch ungünstige Positionen einnahmen, dies nutzten ihre politischen Gegner im Sicherheitsdienst der Ukraine im Kampf um die Kontrolle über die Durchführung der „antiterroristischen Operation“ im Donbass, indem sie den Erfolg der ukrainischen Streitkräfte in einen neuen „Gladosower Kessel“ verwandelten.

Für dieses Scheitern tragen die Personen die Verantwortung, die die fatalen Entscheidungen getroffen haben: Mushenko (Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte), Sabrodskij (Kommandeur der „ATO“-Kräfte), Wischnewskij (Kommandeur der operativ-taktischen Gruppe „Jug“) und Majstrenko (Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade).

In genau diesen Ortschaften **Gladosowo und Metallist (Trawnwoje) spitzt sich die humanitäre Situation weiter zu**. Die ukrainischen Truppen verbieten den friedlichen Einwohnern kategorisch, in die nächste Ortschaft Golmowskij zu gehen (von fahren gar nicht zu reden), um humanitäre Hilfe zu erhalten, die von der Führung der DVR zur Verfügung gestellt wurde. Durch solche Handlungen spitzen die ukrainischen Truppen die Lage nur zu und ziehen Hass auf sich, wenn sie den Einwohnern verbieten, Vorräte an Kohle und Lebensmitteln zum Überleben in der ukrainischen Besatzung zu erhalten.

Die ukrainischen Truppen haben zu ihrer eigenen PR eine Aktion zur Ausgabe fremder Lebensmittelpakete in den besetzten Ortschaften durchgeführt. Die vor den Kameras ukrainischer Massenmedien **im Namen der ukrainischen Streitkräfte ausgegebenen Lebensmittel** waren den betroffenen Einwohnern von der Koordination des **Hohen UN-Kommissars für Flüchtlinge** übergeben worden. Was die ukrainische Seite bei

ihrer PR-Aktion nicht einmal erwähnt. Dabei haben die ukrainischen Straftruppen unter verschiedenen Vorwänden **keine Vertreter der UNO in die besetzten Ortschaften** Gladosowo und Metallist (Trawnewoje) gelassen, um Kontakte mit den betroffenen Einwohnern zu verhindern. Dies bestätigt die repressiven Maßnahmen gegenüber den Einwohnern von Gladosowo und Metallist (Trawnewoje), die die ukrainische Regierung zu verheimlichen versucht.

Nach Angaben unserer Aufklärung plant die ukrainische Seite in den nächsten Tagen, Garantien über das GZKK für ein Verbot der Eröffnung des Feuers von Seiten der Streitkräfte der DVR zu erfragen, angeblich zur Reparatur von beschädigten Stromleitungen. Unter Deckung von spiegelbildlichen Patrouillen der OSZE-Mission haben die ukrainischen Streitkräfte vor, Bautechnik zur Errichtung von Befestigungsanlagen nach Gladosowo und Metallist (Trawnewoje) zu bringen. Wir warnen die ukrainische Seite vor solchen Provokationen. Wir sind bereit, Sicherheitsgarantien für die Durchführung von Wiederaufbauarbeiten zu stellen, was wir bereits mehrfach erklärt haben, aber den Aufbau von Befestigungsanlagen unter Deckung der OSZE werden wir nicht zulassen.

Wir rufen sowohl die ukrainische Seite als auch die OSZE-Vertreter zu Ehrlichkeit und Transparenz auf.

Ukrinform.ua: Terroristen verlegen russische Antipersonenminen im Donbass  
Die Terroristen der „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ vergrößern alte und legen neue Minenfelder an. Dabei setzen sie in Russland produzierten Minen ein. Das erklärte die ukrainische Seite im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination der Waffenruhe und Stabilisierung an der Trennlinie, meldet die Pressestelle des Stabs der Antiterror-Operation (ATO) am Montag. Damit verletzen die russischen Besatzungstruppen Vereinbarungen von Minsk und das humanitäre Völkerrecht. Nach Angaben des Zentrums wurden im ATO-Gebiet KPOM-2 Kassetten mit Antipersonenminen POM-2 bemerkt. Laut der Kennzeichnung der Minen seien sie 1993 in einem russischen Militärwerk produziert worden. Diese Minen seien nie in der Ukraine hergestellt und nicht an die ukrainischen Streitkräfte geliefert worden. „Der Einsatz von Minen, die nicht entschärft werden können, kann man nur mit der tierischen Grausamkeit der Terroristen der illegalen Militärformationen der „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ und ihrem Hass gegenüber der Zivilbevölkerung erklären“, heißt es.

Die ukrainische Seite betonte in der Erklärung weiter, in der Ostukraine habe es bis zum Beginn der russischen Intervention keine Depots mit Minen gegeben. Deswegen stammen alle von den Terroristen verlegten Minen in der Ostukraine aus Russland.

de.sputniknews.com: Hochrangiger US-Militär spricht von „Ukraine-Müdigkeit“  
Der Oberkommandierende der US-Landstreitkräfte in Europa, Generalleutnant Ben Hodges, hat verraten, wann der Geduldsfaden des Westens gegenüber der Ukraine reißen wird. Washington bleibt Hodges zufolge zwar immer noch Kiew treu. Doch dies könne einmal enden.

Die weitere Unterstützung der USA machte Hodges von Kiews Reform-Umsetzung abhängig: „Wenn es keine Transparenz bei den Ausgaben in der Rüstungsbranche gibt, wenn die Zahlungen an Militärangehörige nicht absolut transparent werden und wenn die Kontrolle über den Etat nicht verschärft wird – dann entsteht das Risiko, dass

einige westliche Länder das Interesse an der Ukraine verlieren und eine sogenannte Müdigkeit wegen der Ukraine entsteht“, sagte der hochrangige Militär in einem Interview für die Zeitung „Ukrainskaja Prawda“.

Ob diese „Müdigkeit“ in einigen Ländern bereits zu spüren ist, kommentierte der Generalleutnant nicht. Es gebe aber Staaten, die hohe Erwartungen an die innenpolitischen Änderungen in der Ukraine hätten. Die USA glaubten zudem an den Erfolg der ukrainischen Reformen, fügte er hinzu.

Die „Ukraine-Müdigkeit“ war vor Kurzem ein heiß diskutiertes Thema in den polnischen Medien. Auslöser war die Äußerung des Kanzleichefs des polnischen Präsidenten, Krzysztof Szczerski: „Sollte Europa genötigt sein, zwischen Russland und der Ukraine zu wählen, fürchte ich, dass die Hauptstädte, auf die sich Kiew heute verlässt, Moskau wählen würden“, sagte er in einem Interview für die polnische Tageszeitung „Sieci Prawdy“.

Anfang 2016 hatte die Zeitung „The Wall Street Journal“ (WSJ) geschrieben, der Westen sei über die Unfähigkeit der neuen ukrainischen Regierung enttäuscht, die Korruption zu bewältigen. Kiew reagierte darauf gereizt: Man behandle die Ukraine wie eine Bananenrepublik

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR  
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Verschärfung**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feueinstellung **12 Mal** verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo, Kalinowka, Kalinowo-Bortschtschewatoje, Frunse, Logwinowo, Krutaja Gora und Sokolniki**. Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden mehr als 60 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Es wurde entdeckt, dass im Verlauf der Durchführung von Übungen der Einheiten der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte in der Folge der Nutzung von Munition mit abgelaufenen Lagerungsdatum ein Geschoss im Lauf einer Mörsers detoniert ist. In der Folge des Vorfalls starb ein Soldaten und zwei befinden sich in ernstem Zustand in der Intensivstation.

Das ukrainische Kommando verletzt weiter die Bedingungen für die Stationierung von Militärtechnik entlang der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind und nutzt das Regime der Feueinstellung zur Konzentration von militärischem Potential seiner Einheiten in der „ATO“-Zone.

Es wurde entdeckt, dass im Verantwortungsbereich der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Nowoswanowka auf den Positionen eines provisorischen Stützpunkts vier Schützenpanzerwagen und zwei Lastwagen mit Munition und Material eingetroffen sind.

Im Gebiet von Orechowo wurden zwei 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“ aus dem Bestand der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte bemerkt.

de.sputniknews.com: Ukraine: Verteidigungsamt will Fleisch für Soldaten durch

## Milchpulver ersetzen

Das Verteidigungsministerium der Ukraine hat Änderungen der Lebensmittelnormen für Soldaten vorgeschlagen. Wie ukrainische Medien berichten, soll Fleisch durch Milchpulver und Dickmilch ersetzt werden.

Das entsprechende Projekt mit den neuen Lebensmittelnormen sei zur Diskussion im Ministerkabinett vorgestellt worden.

Wie aus dem Dokument hervorgeht, wird vorgeschlagen, einige Lebensmittel in der Ration der Soldaten durch andere zu ersetzen. Dabei sei wichtig, dass der Preis und Nährwert dieser Produkte gleich blieben.

Auf diese Weise soll Fleisch der ersten Kategorie (Rindfleisch, Schweinefleisch, Lammfleisch, Kalbfleisch) durch „Milchpulver, Dickmilchpulver und fermentierte Milchprodukte“ im Verhältnis 1 zu 0,7 ersetzt werden.

Am Sonntag wurde berichtet, dass sich in der Ukraine Diebstähle von Waffen, Munition sowie Granaten mitten aus den Militärstandorten und deren Verkauf auf dem Schwarzmarkt zu teils Billigpreisen gehäuft hätten. Dabei seien oft, wie das ukrainische Nachrichtenportal „Segodnya“ schrieb, ukrainische Militärangehörige selbst dafür verantwortlich.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31683/61/316836177.jpg>

## ukrinform.ua: Generalstaatsanwalt bezeichnet Tätigkeit von NABU-Agenten als illegal

Der Generalstaatsanwalt der Ukraine, Juri Luzenko, hat die Tätigkeit von Agenten des Nationalen Antikorruptionsbüro (NABU) illegal genannt.

„Sie wenden gesetzeswidrige Methoden der Provokation an“, sagte Luzenko in einem Interview für TSN. Die Agenten seien zu den Staatsgeheimnissen nicht zugelassen, würden aber Abhördaten des Sicherheitsdienstes SBU erhalten. Sie würden in der Ukraine nicht registrierte Abhörgeräte einsetzen. „Das ist ein riesiges Bukett der illegalen Gruppierung, die illegale Methoden und illegale Geräte einsetzen. Der ganze Apparat von Agenten steht derzeit außerhalb des Gesetzes.“, sagte Luzenko.

Am 30. November hatte das NABU erklärt, dass die Generalstaatsanwaltschaft und der



Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) eine Operation des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) verhindert hätten. Ziel der Operation sei die Aufdeckung einer kriminellen Gruppierung im Staatlichen Migrationsdienst gewesen. Ein Agent des NABU wurde festgenommen.

Dan-news.info: Die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte haben in der letzten Woche auf die frontnahen Territorien der DVR mehr als 1000 Mörser- und Artilleriegeschosse abgeschossen. Dies teilte heute der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

„Insgesamt wurden auf das Territorium 1064 Mörser- und Artilleriegeschosse abgeschossen, was etwa 17 Tonnen Munition entspricht“, sagte er. Insgesamt wurden in der letzten Wochen 210 Fälle von Verletzung des Regimes der Ruhe von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt, es wurden 13 Häuser beschädigt.

de.sputniknews.com: Präsidentschaftswahl in Russland: Soziologen nennen Putins größte Herausforderer

Sämtliche oppositionellen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl in Russland im März 2018 vereinigen nach derzeitigem Stand insgesamt weniger als 25 Prozent der Wählerstimmen auf sich. Das ist das Fazit der im Auftrag der Stiftung „Petersburger Politik“ durchgeführten aktuellen Studie des Meinungsforschungsinstituts „Romir“. Der Gründer der Liberal-Demokratischen Partei Wladimir Schirinowski erhielt bei der Umfrage acht Prozent. Ihm folgte der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Russlands, Gennadi Sjuganow, mit sieben Prozent.

Für den Oppositionellen Alexej Nawalny würden aktuell lediglich drei Prozent der Befragten stimmen. Auf Platz vier rangieren in der Studie die TV-Moderatorin Xenia Sobtschak sowie die Vorsitzenden der Parteien „Jabloko“ und „Gerechtes Russland“, Grigori Jawlinski und Sergej Mironow, mit je zwei Prozent.

Je ein Prozent erhielten der Chef der oppositionellen „Linksfront“ Sergej Udaltow, der Ex-Abgeordnete der Staatsduma (russisches Unterhaus) und Vorsitzende der „Parnas“-Partei Dmitri Gudkow sowie der Ex-Premier Michail Kasjanow.

Die Umfrage unter den Wahlberechtigten, die eigenen Angaben nach gegen den amtierenden Staatschef Wladimir Putin votieren wollen, wurde im November durchgeführt. Dabei sollen sich etwa acht Prozent der Befragten noch für keinen der Kandidaten entschieden haben.

Die nächste Präsidentschaftswahl in Russland ist für den 18. März 2018 angesetzt. Obwohl der langjährige Amtsinhaber Wladimir Putin seine Kandidatur bisher nicht offiziell bestätigt hat, sehen ihn die Umfragen als haushohen Favoriten.

Dan-news.info: „Im Zeitraum ihrer Tätigkeit (mehr als zwei Jahre) hat die humanitäre Mission „Zentrum zur Entwicklung des Donbass“ etwa 450.000 Einwohner des Donbass unterstützt, davon haben mindestens 200.000 zielgerichtete persönliche Unterstützung erhalten“, teilte der Pressedienst des Zentrums mit.

Unter anderem wurden den Einwohnern der DVR mehr als 170.000 Lebensmittelpakete ausgegeben, 2679 Menschen erhielten medizinische Materialien und Hygienemittel, Hygienepakete wurden an mehr als 250 soziale und

## Bildungseinrichtungen des Donbass ausgegeben.

de.sputniknews.com: Lettlands Nationalisten wollen russische Medien als „Auslandsagenten“ einstufen

In Lettland ist eine Petition zur Verabschiedung eines Gesetzes registriert worden, dem zufolge russische Fernsehsender sich als „ausländische Agenten“ registrieren lassen müssen, schreibt die Zeitung "Iswestija" am Montag.

Die Initiative kommt von den nationalistischen Kräften. „Wir haben bereits einen Brief mit unserem Vorschlag an das Parlament geschickt“, sagte der Vorsitzende der Lettischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Raimonds Lejnieks-Puķe. „Wenn wir die nötigen Unterschriften sammeln, muss sich das Parlament damit beschäftigen. Unseres Erachtens sind die russischen Fernsehsender direkt mit dem Kreml verbunden und wollen die Einheit der EU und der Nato zerstören. Der Status ‚ausländischer Agenten‘ würde ihre Arbeit wesentlich einschränken.“

Darüber hinaus fordern die Nationalisten vom Wirtschaftsministerium die Beeinflussung der Preispolitik der Firma „Latt Telekom“, dem größten Telekom-Unternehmen des Landes. Die Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Ineta Ziemele, verwies in der vorigen Woche darauf, dass die im kostenlosen „Paket“ enthaltenen russischen Sender den nationalen Interessen des Landes widersprechen würden. „De facto gehört diese Firma dem Wirtschaftsministerium. Wir wollen, dass die russischen Sender einem teureren ‚Paket‘ angehören“, so Lejnieks-Puķe. Er führte an, dass es im kostenlosen „Paket“ aktuell sieben russische TV-Sender gebe. „Wer sie sehen will, sollte dafür zusätzlich Geld bezahlen.“

Nach Erklärung der Unabhängigkeit Lettlands im Jahr 1991 war dem Russischen nicht der Status einer regionalen Sprache verliehen worden – Russisch gilt als Fremdsprache, obwohl in einigen Städten (Riga, Daugavpils, Rezekne) russischsprachige Einwohner in der Überzahl sind. Insgesamt sind 35 Prozent der lettischen Staatsbürger ethnische Russen.

Der Vorsitzende der Fraktion „Zentrum der Verständigung“ im lettischen Parlament, Jānis Urbanovičs, stellte fest, dass solche Initiativen mit dem allgemeinen Trend der westlichen Politik gegenüber Russland übereinstimmen würden. „Diese Tendenz lässt sich nicht nur im Medienbereich beobachten, sondern auch auf Gebieten wie Sport oder Energiewirtschaft. Das könnte zur weiteren Anspannung der Beziehungen zwischen dem ‚großen Westen‘ und Russland führen“, warnte der Abgeordnete.

Der Leiter des russischsprachigen Senders PIK, Juri Schurawljow, teilte seinerseits mit, dass die Bemühungen der lettischen Behörden Ausbildungsplätze mit russischer Unterrichtssprache einzuschränken bereits zu großen Protesten geführt hätten. Erst am 16. November habe in Riga eine Protestkundgebung stattgefunden, an der sich 16.000 Menschen beteiligt hätten. Künftig könne es zu neuen Protesten kommen.

Die Hysterie gegenüber russischen Medien hatte in den USA begonnen. Dort wurde der englischsprachige TV-Sender „Russia Today“ gezwungen, sich als „ausländischer Agent“ registrieren zu lassen, was seine Arbeit wesentlich behindert. Moskau warnte seinerseits, dass es nach dem „Spiegelprinzip“ gegen US-amerikanische Medien vorgehen werde.

Dan-news.info: „Heute hat die OSZE einen weiteren Versuch unternommen, zu einer Inspektion nach Trawnewoje zu fahren. Um die Fahrt der Patrouille der Mission zu

behindern, haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf die Umgebung von Golmowskij eröffnet, wo sich in diesem Moment die Beobachter, die planten in die „graue Zone“ zu fahren, befanden. Wegen der Nichteinhaltung des „Regimes der Ruhe“ hat die OSZE-Patrouille Golmowskij verlassen, die Inspektion musste verschoben werden“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR. Vermutlich haben die ukrainischen Soldaten mit Schützenpanzerwaffen geschossen.

## **Abends:**

de.sputniknews.com: Stellenangebot: US-Luftwaffe sucht Psychologen

Die US-Luftwaffe will Psychologen einstellen, um unter anderem „Spione und Saboteure“ in den Reihen der US-Soldaten zu identifizieren. Die neuen Mitarbeiter sollen ihren Dienst Ende September 2018 antreten, berichtet der Fernsehsender RT unter Berufung auf ein ihm vorliegendes Dokument.

Die Psychologen werden demnach die Aufgabe haben, Gefahren, die von Kriminellen, ausländischen Geheimdiensten und Terrororganisationen ausgehen, zu erkennen und zu melden.

Darüber hinaus sollen die Psychologen den US-Soldaten spezielle Verhör-Methoden, den richtigen Umgang mit Geheimagenten und Gegenspionage beibringen.

An die Bewerber werden dabei dem Fernsehsender zufolge hohe Anforderungen gestellt. So muss jeder Kandidat mindestens zehn Jahre bei der Aufklärung gearbeitet haben und Erfahrung bei der Ausbildung von Geheimdienst-Mitarbeitern haben.

Ukrinform.ua: Präsident will Erhöhung des Mindestlohns auf 4100 Hrywnja

Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat vorgeschlagen, den monatlichen Mindestlohn auf 4100 Hrywnja zur erhöhen.

Das sagte er beim 2. Forum der vereinten Gemeinden „Initiativen, die das Leben verändern“, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. „Ich möchte mich bei der Regierung und dem Premierminister bedanken, dass es schon eine entsprechende Reaktion auf meinen Appell im Haushaltsentwurf gibt, und als Ergebnis der Verbesserung des Investitionsklimas und der Haushaltseinnahmen werden wir nach einer Jahreshälfte oder nach drei Quartalen analysieren und eine Entscheidung über die Erhöhung des Mindestlohns auf 4100 Hrywnja treffen“, erklärte Poroschenko.

Die vorherige Entscheidung über die Erhöhung des monatlichen Mindestlohns von 1600 auf 3200 Hrywnja bezeichnete der Staatschef als beispiellos in der Ukraine und richtig.

Dnr-news.com: In der EU erinnerte man Kiew an die Notwendigkeit, die Renten an die Donbass-Bewohner zu zahlen

Die ukrainischen Behörden müssen den Bewohnern des von Kiew nicht kontrollierten Territorien des Donbass ihre Renten und Zulagen ohne irgendwelche zusätzlichen Bedingungen zahlen. Dies erklärte in einer Pressekonferenz am Montag der Botschafter der EU, der Leiter der EU-Vertretung in der Ukraine Hug Mingarelli.

„Die Ukraine sollte einen inklusiven Zugang zur Bevölkerung, die nicht auf dem unkontrollierten Territorium lebt, ausarbeiten. Das bedeutet, dass alle Menschen, denen Renten und andere soziale Hilfen zustehen, diese ohne Bedingungen erhalten müssen“, sagte Mingarelli.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-12/thumbs/1512401104\\_1511361844\\_949e2db4f8ea72867321f05db5139.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-12/thumbs/1512401104_1511361844_949e2db4f8ea72867321f05db5139.jpg)

de.sputniknews.com: „Halbe Kriegserklärung“: Kiew Donbass-Gesetz kippt Minsker Abkommen

„Russland ist der Aggressor“ – das behaupten Kiewer Politiker immer und immer wieder. Dass sie das in ein Gesetz schreiben, ist hingegen neu. Sollte dieses Gesetz verabschiedet werden, droht dem Minsker Prozess das Aus.

Kiew suche einen Vorwand, die Minsker Vereinbarungen zu hintertreiben: „Die ukrainische Seite braucht das, um aus dem Vereinbarungspaket auszusteigen und im Donbass endlich freie Hand zu haben“, sagte der Politologe Kirill Koktytsch dem Portal „rueconomics“. Ein Schritt zur Normalisierung der Lage im Donbass sei das Kiewer Donbass-Gesetz deshalb sicherlich nicht.

Dieser Gesetzentwurf soll in der zweiten Dezemberhälfte im ukrainischen Parlament gelesen werden, wie der Vorsitzende der Werchowna Rada, Andrej Parubij, laut dem Portal angekündigt hat. Dass Russland in diesem Papier – erstmals offiziell – als Aggressor bezeichnet werde, könne die verfahrenere Situation in der Ostukraine vollends in die Sackgasse führen: Es wäre das Ende für das Minsker Abkommen, betont der Experte.

„Aus dem Minsker Abkommen unverhohlen auszusteigen – das kann sich Kiew natürlich nicht erlauben. In so einem Fall hätte die ukrainische Führung eine ganze Reihe von Problemen. Deshalb muss es die Ukraine so arrangieren, dass die andere Seite die Auflösung der Minsker Vereinbarungen initiiert“, so der Politologe.

Dazu passe auch, dass Russland in dem Gesetzentwurf als Aggressor bezeichnet werde. Dies sei der rote Faden der ukrainischen Außenpolitik. „Auf dieser Grundlage können wir davon ausgehen, dass Kiew gar nicht vorhat, das Minsker Abkommen

komplett oder auch nur dessen einzelne Punkte zu erfüllen – den Gefangenenaustausch zum Beispiel. Hätte die ukrainische Führung den Willen dazu, sie hätte längst bestimmte Zugeständnisse machen und sich mit dem Donbass einigen können.“

Das neue Gesetz zeige auch allzu deutlich, dass die EU-Länder – allen voran Deutschland – nicht genug Druck auf Kiew ausüben, um die ukrainische Führung zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu drängen. In der Praxis sei dieser Druck nur geringfügig wirksam.

Wer gehofft habe, dass die EU-Länder auch an der Regulierung der Ukraine-Krise interessiert gewesen seien, der sehe sich jetzt in seinen Hoffnungen enttäuscht, schreibt das Portal. Dies bedeute auch das Ende des Normandie-Formats.

Auch der Politologe Bogdan Bespalko ist der Ansicht, dass die Ukraine mit dem neuen Gesetz die Minsker Abkommen de facto auflöse, „ohne sie offiziell zu verlassen“.

Russland werde in dem neuen Gesetz als Aggressor bezeichnet und Donbass als besetztes Gebiet – „dabei bricht Kiew seine diplomatischen Beziehungen zu Moskau nicht ab, auch wird unserem Land kein Krieg erklärt, jedenfalls nicht direkt“, so der Experte.

„Was wir hier haben, ist eine halbe Kriegserklärung.“ Und dies zeige hervorragend, welche Linie die Ukraine hinsichtlich Russlands wirklich verfolge: Absage an die Minsker Abkommen und Gewalteinsetz im Donbass – darauf habe es Kiew abgesehen, sagt der Politologe Bespalko. „Ausgehend von diesem Gesetzentwurf gibt es keinen Anlass zu glauben, dass irgendjemand in Kiew heute die Minsker Abkommen umsetzen und das Donbass-Problem auf friedliche Weise lösen möchte.“

Im Gegenteil: „Was man derzeit beobachten kann, ist, dass die Ukraine zwei Dörfer an der Entflechtungslinie erobert hat. Dauernd wird im Donbass geschossen“, sagt der Analyst.

Das Einzige an der Kiewer Donbass-Politik, das man positiv bewerten könne, sei die Tatsache, dass die ukrainische Führung bislang nicht aus dem Minsker Abkommen ausgestiegen sei. Wobei: „Das geschieht auch nur, weil Kiew die gesamte Verantwortung Russland auferlegen will. Eben deshalb versucht Kiew, die andere Seite dazu zu drängen, aus dem Abkommen von Minsk auszutreten“, sagt der Politologe Bogdan Bespalko

**Dnr-online.ru: Hauptthema der Sitzung der humanitären Untergruppe in Minsk am 5. Dezember wird die Erörterung von Fragen der Durchführung des Gefangenenaustauschs sein, der vom Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen vorgesehen ist. Dies teilte die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa mit.**

**„Ich erinnere daran, dass nach den Worten der Vertreter der Ukraine gerade von ihren Handlungen abhängt, wie schnell der Austausch stattfindet. Deshalb erwarten wir im Vorfeld des Treffens im Minsker Format, dass die ukrainische Seite schon Mechanismen zur prozessualen Freistellung und Vorbereitung der Personen zum Austausch ausgearbeitet hat. Wir hoffen auf einen adäquaten und konstruktiven Dialog“, erklärte Darja Morosowa.**

**Die Bevollmächtigte der Republik unterstrich ein weiteres Mal, dass die Republik schon lange zur Durchführung des Austausches bereit ist. „Ich schlage den Vertretern der Ukraine vor, die juristische Regelung nicht zu verzögern und eine möglichst schnelle Heimkehr aller festgehaltenen Personen zu unterstützen.**

Ukrinform.ua: Kiew erwartet Freilassung von 74 Gefangenen vor Neujahr  
74 ukrainische Gefangenen können aus den besetzten Gebieten der Ostukraine vor dem Neujahrsfest freigelassen werden.

Das erklärte die Vertreterin der Ukraine in der humanitären Untergruppe der trilateralen Ukraine-Kontaktgruppe in Minsk, Iryna Heraschtschenko, berichtet Espresso-TV. „Wenn das gelingt, woran wir derzeit arbeiten, wird das die größte Freilassung. Wir müssen 306 Personen im Rahmen der getroffenen Vereinbarung freilassen und übergeben“, sagte sie. Einzelheiten werde sie nicht bekannt geben. Das sei für den Austausch notwendig. Nach ihren Worten arbeite Heraschtschenko auch an der Freilassung von politischen Gefangenen, die in Russland inhaftiert sind.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte zuvor die Freilassung mit den Anführern der „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ besprochen. Der Chef der terroristischen „Volksrepubliken Donezk“ Sachartschenko erklärte sich zum Austausch bereit. Leiter der Organisation „Ukrainische Wahl“ Wiktor Medwedtschuk bestätigte die Information.

Laut Iryna Heraschtschenko werden in den besetzten Gebieten der Ukraine etwa 162 Menschen als Geiseln gehalten.

de.sputniknews.com: Mehr als 100.000 Stimmen für Amtsenthebung Poroschenkos  
Eine Petition für die Amtsenthebung des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko hat auf der Plattform Change.org bereits mehr als 100.000 Stimmen gesammelt. Initiatoren der Petition sind ukrainische Blogger und Journalisten. Das Schreiben ist an Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) sowie internationale Partner gerichtet, darunter an den Sondergesandten des US-State Departments für die Ukraine, Kurt Volker.

Wie aus dem Text der Petition hervorgeht, hat die Politik Poroschenkos die Lage um die Redefreiheit und den Druck auf oppositionelle Medien im Land verschlechtert. „Unserer Meinung nach ist die aufgelistete Information Grund genug für die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Poroschenko“, so die Initiatoren.

Zuvor wurde berichtet, dass eine seltsame Wölbung auf der Oberkleidung des ukrainischen Präsidenten für Rätsel unter den Netzusern gesorgt habe. Einige glaubten dabei, der Staatschef sei schwerkrank und trage eine Insulinpumpe.